

Vom Melonenverkäufer zum russischen Obama

Joaquim Krima will der erste schwarze Bürgermeister Russlands werden. Auch im Kreml interessiert man sich bereits für ihn

VON MORITZ GATHMANN

SREDNAJA ACHTUBA. Wassilij Iwanowitsch hat es nicht leicht. „Was willst du mir denn versprechen?“, fragt der russische Rentner in Unterhemd und Turnhose, den Wassilij Iwanowitsch aus seinem Häuschen gelockt hat, um eine weitere Unterschrift für seine Kandidatur zu bekommen. „Die Kommunisten haben den Sozialismus versprochen – und was haben wir jetzt? Eine beschissene Rente!“ Dann klatscht er lautstark den Handrücken seiner linken auf die Handfläche der rechten. Wassilij Iwanowitsch, in schwarzem Jackett und weißem Hemd, hat ruhig zugehört, die Hände gefaltet wie beim Beten.

Wassilij Iwanowitsch ist gut vorbereitet. „Ich verspreche Ihnen Bananen“, sagt der Siebenunddreißigjährige und grinst breit. Der Rentner und seine Frau fangen an zu lachen. Dann wird Wassilij Iwanowitsch ernst und erzählt, dass er Straßen und Gasleitungen bauen will. Am Ende unterschreiben beide.

Wassilij Iwanowitsch nennt ihn hier in Srednaja Achtuba jeder, in Wirklichkeit heißt er aber Joaquim Krima, kam in den achtziger Jahren aus Guinea-Bissau zum Studieren in die Sowjetunion und ist schwarz. Und mit dem Slogan „Ich werde schuften wie ein Neger“ will er Bürgermeister von Srednaja Achtuba werden, einem heruntergekommenen Landkreis in der Nähe von Wolgograd. „Und dann fahre ich nach Amerika und treffe Obama. Er soll erfahren, dass in Russland schwarzhäutige Menschen genauso viele Chancen haben wie in Amerika“, träumt Krima. So etwas hat die russische Politik noch nicht gesehen, und deshalb hat Wassilij Iwanowitsch kaum noch einen ruhigen Moment. Heute hat ihm ein Fernsehteam des Senders „NTW“ den Mittagsschlaf geraubt. Mit Aussprüchen wie „Ich komme aus Tschunga-Tschanga, wer schlecht arbeitet, den kann ich aufessen“ ist der ehemalige Melonenverkäufer zum russischen Medienliebling geworden.

Die 609 Unterschriften, die er braucht, um zur Wahl am 11. Oktober zugelassen zu werden, hat er ohne Probleme eingesammelt. Sein Erfolg macht andere nervös. Besonders den jetzigen Bürgermeister Wladimir Romanow. Der Fünfzigjährige will weiter in seinem Ledersessel im vierten Stock des Bürgermeistersitzes sitzen. Denn auf das Gebiet, dessen Bewohner sich bisher mit Tomaten, Melonen und ein bisschen Tourismus durchgeschlagen haben, kommt ein Goldrausch zu: Im September eröffnet Premierminister Wladimir Putin eine Brücke über die Wolga, die Wolgograd direkt mit Srednaja Achtuba verbinden wird. Statt einer Stunde dauert die Fahrt aus der Millionen-



Illustration Robert Bochenek

stadt in die wunderschöne Natur von Srednaja Achtuba nur noch zehn Minuten, und viele reiche Wolgograder werden sich Häuser auf der anderen Seite des Flusses bauen. Gerade hat der Stadtrat einer Moskauer Investorengruppe die Pläne für „Achtuba-Town“ genehmigt. Auf dem 25 Hektar großen Areal werden die Moskauer für 100 Millionen Dollar Wochenend-

Erst will Krima die Wahl gewinnen. Dann will er zu Obama fahren.

häuser bauen. Dass die lokale Verwaltung für ihre Genehmigungen gut bezahlt wird, ist in Achtuba ein offenes Geheimnis. Wolgograder Medien haben das Nachbargebiet schon als Wolgograder „Rubljowka“ getauft, in Anlehnung an das Villenviertel bei Moskau.

„Ich mache mir keine großen Sorgen“, sagt Romanow, der Mitglied der Kommunistischen Partei ist, voller Selbstbewusstsein. Ein

Bild auf seinem Schreibtisch zeigt einen Wolf. „Im Rudel kann es nur einen Anführer geben“, steht darunter. Ganz so sicher ist Romanow sich aber offenbar nicht. Krimas Wahlkampfmanager Wladimir Krizki behauptet, dass Romanow im letzten Moment Philipp Kondratjew aus dem Hut gezaubert hat, um Krima Stimmen abzugeben. Philipp Kondratjew ist der zweite Afrosusse, der Bürgermeister von Srednaja Achtuba werden will. Und tatsächlich hat er seine Kandidatur erst bekanntgegeben, als sich schon das ganze Land über den „russischen Obama“ amüsierte.

Wäre der Spitzname „russischer Obama“ nicht schon von Krima belegt, dann hätte ihn der 34 Jahre alte Kondratjew allemal verdient: 190 Zentimeter groß ist er und spielt gerne Basketball, spaziert mit federnden Schritten durch seine Heimatstadt Wolgograd. Dazu hat der Sohn einer Russin und eines Ghanaers eine weitaus hellere Hautfarbe als Krima.

Aber die Obama-Nummer will der studierte Architekt Kondratjew gerade nicht abziehen. „Außer meiner Hautfarbe habe ich nichts gemein mit Obama“, sagt er, schaut ernst und trinkt dann einen Schluck grünen Tee im Wol-

gograder Café „Terrace“. „Wenn schon ein Spitzname, dann Puschkin“, schlägt er vor. Der sei auch Russe mit afrikanischen Verwandten gewesen. Auf Krima ist er überhaupt nicht gut zu sprechen, unter anderem wegen der Vorwürfe, dass hinter Kondratjew der jetzige Bürgermeister Romanow stehe. „Der soll sich schämen, dass er sich in diesem schmutzigen Spiel benutzen lässt.“ Bananen, schuften wie ein Neger, Krimas Spiel mit den Stereotypen macht Kondratjew, der im Gegensatz zu seinem Konkurrenten akzentfrei Russisch spricht, wütend.

Krima spielt tatsächlich die Rolle, für die viele Afroamerikaner den Trompeter Louis Armstrong verachteten: der gutmütige „Neger“ mit dem ewig breiten Grinsen. Zudem berichtet Kondratjew von Gerüchten, dass auch Krima in Wirklichkeit eine Puppe in den Händen „höherer Kräfte“ sei: Hinter ihm stehe der bisherige Vizebürgermeister, der sich mit Romanow überworfen hat und nun ebenfalls kandidiert.

Kondratjew fällt es gleichzeitig schwer, seinen Neid zu verhehlen, dass dieser Melonenverkäufer Krima zum Star geworden ist. „Ich habe auch viele Anfragen von Journalisten bekommen“, sagt er und

sucht in seinem Handyspeicher ergebnislos nach den passenden Kurzmitteilungen.

Die Bevölkerung von Srednaja Achtuba betrachtet das Spektakel von der Seite und amüsiert sich. Von Kondratjew, der in Wolgograd wohnt, hat noch niemand gehört. Aber Wassilij Iwanowitsch kennt hier jeder. Der schwarze Melonenverkäufer war schon vor dem Medienaufbruch ein bunter

Er spielt den gutmütigen „Neger“ mit dem ewig breiten Grinsen.

Vogel. Aber reale Chancen auf das Bürgermeisteramt gibt ihm kaum jemand. „Das ist doch alles nur ein Witz“, sagt eine Marktfrau, auf deren Verkaufstisch rote, gelbe und schwarze Tomaten liegen. „Wie soll denn ein Melonenverkäufer unser Gebiet verwalten?“, fragt sie. Die meisten sind ihrem „Neger“ Wassilij Iwanowitsch zwar wohlgesinnt, aber zum Bürgermeister wählen wird ihn kaum jemand. Ohnehin ge-

hen in Srednaja Achtuba nur wenige Bürger an die Urnen. 2005 lag die Wahlbeteiligung bei 36,9 Prozent.

Und wie überall in Russland gibt es auch hier unverholene Rassisten. Auf dem Markt zischt eine Käuferin „Neger brauchen wir hier nicht“, bevor sie mit einer Tüte Auberginen verschwindet. Andere werden noch deutlicher: „Was – einen Neger wählen? Zum Teufel! Dann holt der gleich ganz Afrika hierher“, sagen drei rauhbeinige Jungs, deren Gebisse mehr Lücken als Zähne aufweisen. „Wir wählen natürlich unsere – Romanow.“ Krimas Schwager, der als Bodyguard nicht von dessen Seite weicht, berichtet von drei betrunkenen Russen, die Krima vor einigen Tagen angegriffen hätten. Der durchtrainierte Kickboxer hat sie aber in die Flucht geschlagen.

Etwas mehr Unterstützung hat Krima immerhin bei den Einwohnern des Gebiets: Etwa zehn Prozent der 50 000 Einwohner sind Armenier, Koreaner, Tschetschenen und Zigeuner. Krima selbst ist mit einer Armenierin verheiratet.

Mit seinem Wahlkampf könnte Wassilij Iwanowitsch gleichzeitig den Weg für zukünftige russische Obamas frei machen. „Egal, wie

die Wahlen ausgehen – es ist offensichtlich, dass die Erfahrungen mit ‚Afrokandidaten‘ in Wahlkampagnen analysiert und auch bei zukünftigen Wahlen eingesetzt werden“, sagt der Rostower Politologe Dmitri Saweljew. Und wenn man den Worten von Krimas Wahlkampfmanager Krizki glauben will, interessiert man sich auch „ganz oben“ für den Schwarzen aus Achtuba. Denn Krima ist seit zwei Jahren Mitglied der Kreml-Partei „Einiges Russland“ und wird in seinen Interviews nicht müde, die Politik von Premierminister Wladimir Putin zu loben. „Wer nicht das macht, was er will, den frisst er auf“, ist Krima überzeugt.

Weder Kondratjew noch Krima glauben wirklich daran, dass sie nach dem 11. Oktober Bürgermeister von Srednaja Achtuba sein werden. Beide sehen die Wahlen eher als Sprungbrett: Kondratjew will eine eigene Partei gründen, „Prawda“ soll sie heißen. Krima will ein Buch über seinen Wahlkampf schreiben. Zudem hat Wahlkampfmanager Krizki kürzlich den Anruf eines Herstellers von getrockneten Melonen erhalten: Wassilij Iwanowitsch soll für sie werben.

Auf den ersten Blick scheinen Japan und Bayern wenig gemeinsam zu haben: Sushi statt Haxn, Sake statt Weißbier. Doch auf den zweiten Blick gibt es eine ganze Menge, was die beiden verbindet: Autos, Hightech-Unternehmen, gute Schulen und die jahrzehntelange Herrschaft einer einzigen Partei. Hinzu kommt, dass beide Länder in den letzten vier Jahren so viele Ministerpräsidenten verschlissen haben, dass es den Bürgern allmählich zu bunt wurde. In Bayern war das Ende der CSU-Alleinherrschaft die Folge. Ähnlich Undenkbares bahnt sich nun auch in Japan an. Laut Prognosen steht die konservative japanische Regierungspartei LDP bei den Parlamentswahlen an diesem Sonntag vor einer dramatischen Niederlage.

Die nur dem Namen nach Liberaldemokratische Partei, die das Land seit mehr als 50 Jahren regiert, hat ihren Kredit verspielt. Der erneute Einbruch der japanischen Wirtschaft in der Finanzkrise brachte das Fass zum Überlaufen. Denn schon seit zwanzig Jahren ringt das Land mit einer nicht enden wollenden Wirtschaftslaute, hausgemachten Bankenrisiken und steigender Arbeitslosigkeit. Nicht einmal der dynamische Mi-

Gastkommentar

Chancen für Europa

Nach mehr als fünfzig Jahren steht Japan vor einem Neuanfang

nisterpräsident Koizumi konnte eine nachhaltige Erholung herbeiführen, weil seine Partei, aber auch ein Mischsystem aus Vetternwirtschaft und Bürokratenherrschaft Reformen blockierte. Und doch: Nach wie vor ist Japan die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, ein leistungsfähiges, innovatives und vor allem demokratisches Land, das im Zuge des allgemeinen China-Booms aber nach und nach aus dem Blick Europas verschwand. Das muss sich ändern, denn mit dem möglichen Regierungswechsel wird sich eine neue Dynamik einstellen – politisch auf jeden Fall, wirtschaftlich vielleicht auch.

Die politische Entwicklung wird durch die als sozial-liberal geltende Demokratische Partei Japans (DPJ) vorangetrieben. Schafft sie den Wahlsieg, wird sie frischen Wind in die Außenpolitik bringen. Ihr Vorsitzender Yukio Hatoyama hat dabei die EU als Vorbild für Versöhnung und Zusammenarbeit

genannt. Nach wie vor sind die japanisch-chinesischen Beziehungen wegen wiederholter Besuche von LDP-Größen am Yasukuni-Schrein schwer belastet – Hatoyama hat klargemacht, dass kein



Von Alexander Graf Lambsdorff

DPJ-Minister den Schrein, in dem auch die Geister von Kriegsverbrechern verehrt werden, besuchen wird. Aus Südkorea kamen daraufhin hoffnungsvolle Äußerungen. Wenn Japan, China und Südkorea ihre zahlreichen bilateralen Proble-

me abbildern können, steigt auch die Chance für eine gemeinsame Linie gegenüber Nordkorea, dem zentralen Problem für die Sicherheit Nordostasiens.

Hierfür wird trotz allem auch Amerika gebraucht. Japan unterhält seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine starke Bindung an die Vereinigten Staaten, die im Land alles andere als populär ist. Notwendig ist sie dennoch, denn anders als in Europa gibt es keine Nato. Japans Sicherheit wird ausschließlich durch den bilateralen Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten garantiert. Daher ist es gut, dass die DPJ ihre antiamerikanischen Attacken eingestellt hat. Dennoch wird sich eine DPJ-Regierung nicht mehr so einseitig an Amerika ausrichten, wie das die LDP getan hat. Die ausdrückliche Erwähnung der EU und die Berücksichtigung asiatischer Empfindlichkeiten werden eine ausgeglichene japanische Außenpolitik nach sich ziehen, die neue Chan-

cen eröffnet. Diese sollten wir auf alle Fälle für eine Stärkung unserer Beziehungen nutzen, politisch, aber auch wirtschaftlich.

Denn eine Schattenseite der bisher einseitigen Amerika-Orientierung für die Wirtschaft war ein in weiten Teilen verschlossener Markt für wichtige europäische Produkte. Europäischen Unternehmen, die in Japan Fuß fassen wollen, wurden bürokratische Steine in den Weg gelegt. Dabei ist die Kaufkraft ungebrochen hoch, die japanische Wirtschaft zeigt auch wieder aufsteigende Tendenzen. Das kann dann für europäische Unternehmen eine Chance bedeuten, wenn die europäische Politik klar macht, dass die Öffnung des japanischen Marktes notwendiger Bestandteil einer reifen und ausgewogenen Beziehung zwischen wichtigen Industrieregionen sein muss.

Dass Hatoyama erst einmal tastend vorgehen und in der Wirtschaftswelt wie in der Außenpolitik vielleicht auch Fehler machen wird, muss erwartet werden. Nach fünfzig Jahren Alleinherrschaft einer Partei ist ein Neuanfang ein schwieriges Unterfangen – auch das zeigt der Blick nach München. Vielleicht sollte Yukio Hatoyama bald einmal bei Horst Seehofer vorbeischauen. Der Autor ist außenpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament.

MELDUNGEN

Der Einbürgerungstest hat sich nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums bewährt. „Seit September vergangenen Jahres haben mehr als 63 000 an diesem Test teilgenommen. Das ist ein großer Erfolg, den die wenigsten so vorausgesehen hätten“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium, Peter Altmaier (CDU). 98 Prozent hätten die Prüfung bestanden. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) zweifelt indes am Nutzen des Tests. „Mein Fazit: unschädlich, aber überflüssig“, sagte er laut Ministerium. dpa

Einen Waffenhandel zwischen Nordkorea und Iran glauben die Vereinigten Arabischen Emirate aufgedeckt zu haben. Dies teilten UN-Diplomaten in New York mit. Die zum Teil als Maschinenteile deklarierten Waffen sollten demnach per Schiff von Nordkorea nach Iran gebracht werden. Die Behörden der Emirate hätten das Schiff gestoppt und die Weiterfahrt untersagt. Dies hätten die Emirate vor etwa zwei Wochen an das zuständige Sanktionskomitee des UN-Sicherheitsrates gemeldet, der

im Juni den Waffenhandel zwischen Nordkorea und UN-Mitgliedstaaten untersagt hatte. dpa

Der britische Premierminister Gordon Brown hat bei einem Besuch in Afghanistan die Entsendung weiterer britischer Soldaten angedeutet. Er wolle die Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten beschleunigen, sagte Brown. Dazu müsste das britische Kontingent nach Einschätzungen von Beobachtern aufgestockt werden. dpa

Bei einem Trauergottesdienst für Edward Kennedy hat Präsident Barack Obama den mit 77 Jahren gestorbenen Senator als „Seele der demokratischen Partei“ und „Löwen des amerikanischen Senats“ gewürdigt. Teddy Kennedy sei als Senator zum „größten Gesetzgeber unserer Zeit geworden“, sagte Obama am Samstagmorgen in Boston. Zu den 1500 Teilnehmern gehörten die ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter, Bill Clinton – in Begleitung seiner Frau, Außenministerin Hillary Clinton – und George W. Bush. dpa